

Stadtplatz statt Parkplatz!

■ Konflikt in Vohwinkel um 55 Stellplätze auf dem Lienhardplatz

Eines vorweg: die Planungen des Investors Feldmann, im Bereich Kaiserstraße / Lienhardstraße ein Einkaufszentrum zu errichten, werden von uns ausdrücklich begrüßt. Wir sehen in der Entstehung eines Zentrums, in dem attraktive Geschäfte und Gastronomie ihren Platz finden, große Chancen für eine positive Entwicklung des Zentrums Vohwinkel. Uns ist auch klar, dass mit der Errichtung eines Einkaufszentrums selbstverständlich die notwendigen Parkplätze geschaffen werden müssen.

Der Investor wird die nach Stellplatzsatzung notwendigen Parkplätze in Park Ebenen an der Lienhardstraße errichten. Allerdings will er unbedingt noch darüber hinaus weitere 55 Parkplätze haben. Und genau diese zusätzlichen Parkplätze sollen ihm auf dem Lienhardplatz zur Verfügung gestellt werden. Wir sind entsetzt über diese Planungen. Ist doch der Lienhardplatz der einzige Stadtplatz Vohwinkels, der jetzt die einmalige Chance erhält, durch ein neu entstehendes Straßencafé, einen Biergarten und/oder ein Restaurant zu neuer Attraktivität zu gelangen. Schon heute wird dieser Platz als Treffpunkt, Spiel- und Ruheplatz besonders vor oder nach Einkäufen genutzt, es fehlt allerdings an entsprechender Aufenthaltsqualität, die nun geschaffen werden könnte.

Einen Parkplatz daraus zu machen, der dann nur noch zu einigen Veranstaltungen als Markt- oder Festplatz genutzt werden darf, erfüllt nicht die Ansprüche, die an einen Stadtplatz gestellt werden. Selbst wenn irgendwo am Rand eine kleine Fläche freigehalten wird, ist die Funktion als Mittelpunkt des Stadtteils Vohwinkel unwiederbringlich verloren. Wer hat denn schon Lust am Rande eines Platzes, der mit Autos voll geparkt ist und wo es nach Abgasen riecht, seinen Kaffee oder sein Eis in Ruhe zu genießen?

Wenn dem Investor die 55 zusätzlichen Stellplätze so wichtig sind, dass er dafür bis zu 2,7 Millionen DM Landeszuschüsse zurückzahlt, hätte er bei der Planung der Parktage ja direkt eine höhere Anzahl Stellplätze berücksichtigen oder sich in der unmittelbaren Umgebung nach Alternativen umhören können.

Wenn nun wie geplant der Markt weiterhin dienstags und samstags stattfinden soll, sehen wir die weitere Entwicklung schon vor uns. Weil gerade sams-

Fortsetzung Seite 2

Lebensraum statt Parkraum – Stadtplatz soll bleiben, wie er ist!

Qualität aus der Region

■ „Bergisch pur“ – Landwirte bieten Produkte heimischen Anbaus.

Unter dem Markenzeichen „Bergisch pur“ können Sie demnächst Produkte aus der Landwirtschaft der Region einkaufen. Die Landwirte sind bereit – jetzt müssen alle anderen AkteurInnen und vor allem die VerbraucherInnen mitmachen.

Seit Beginn der BSE-Krise haben viele VerbraucherInnen das Vertrauen in (Rind-) Fleischprodukte verloren. Nur mit einer „gläsernen“ Produktion kann dem entgegen gewirkt werden. In Wuppertal arbeiten zurzeit viele Menschen gemeinsam an diesem Ziel. GRÜNE

Forderungen nach artgerechter Tierhaltung und der Vermeidung von unnötigen Tiertransporten und ein schonender Umgang mit den landwirtschaftlichen Flächen können jetzt konkret vor Ort umgesetzt werden. Die Landwirte in Wuppertal und der Region nutzen diese Chance gemeinsam mit der Politik, der Stadtverwaltung und vielen an den Beteiligten. Fleisch, Milchprodukte und Obst werden aus der Region für die Region hergestellt und vermarktet. Erfolgreich wird „Bergisch pur“, wenn Sie als VerbraucherIn bereit sind, für bessere Qualität auch angemessene Preise zu bezahlen. Dafür gibt es dann die Gewähr, dass festgelegte Qualitätsstandards

eingehalten werden. Für die GRÜNE Fraktion bedeutet dieses Projekt einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Ein kompletter Umbau der Landwirtschaft mit hohen ökologischen Ansprüchen kann nicht von heute auf morgen umgesetzt werden, aber die VerbraucherInnen wünschen sich mehr Informationen über die Produktionsbedingungen für ihre Lebensmittel. „Bergisch pur“ bietet eine Lösung, die wirtschaftlich tragbar ist und von allen Beteiligten unterstützt wird. Sie können schon bald an der Ladentheke mitentscheiden: über die Qualität der Nahrungsmittel, die artgerechte Tierhaltung und den Erhalt der Landwirtschaft und Kulturlandschaft in Ihrer Region.

ÖTV-Kampagne
gegen Ausverkauf
der Stadt S. 2

Interkulturelles
Lernen stärken S. 2

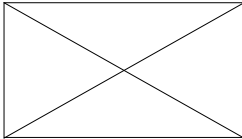
Widerstand
Kleine Höhe
geht weiter S. 3

Bürgeranhörung
zur Luisenstraße S. 3

Guten Tag!

Liebe Leserinnen und Leser, der Frühling hat begonnen, langsam knospt und blüht es überall in Wuppertal. Leider hat das keine Auswirkungen auf die städtischen Finanzen: um die ist es schlechter denn je bestellt. Die GRÜNE Fraktion wird alles in ihrer Macht stehende tun, damit keine städtischen Einrichtungen geschlossen werden, die von den Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden. Wir werden uns ebenfalls gegen den Ausverkauf der städtischen Töchter und der Immobilien der Stadt wehren, die von CDU und FDP als Weg aus der Finanzkrise vorgeschlagen werden.

Auch in der neuesten Ausgabe unserer Zeitung informieren wir Sie wieder über die wichtigsten Themen in unserer Stadt und die herausragendsten Aktivitäten der GRÜNEN Fraktion.



Stausee-Sanierung in Beyenburg

Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der BV Langerfeld-Beyenburg unterstützen nachdrücklich den einstimmigen Beschluss der BV, im Rahmen des Projektes „Lebensader Wupper“ bzw. aus den Mitteln der REGIONALE 2006 eine Sanierung des Beyenburger Stausees zu erreichen, die die Trainingsmöglichkeiten der Kanutinnen und Kanuten sichert und den hohen Freizeitwert des Areals für die Bevölkerung gewährleistet.

Wir GRÜNE in der BV Langerfeld-Beyenburg begrüßen hoch erfreut die Tatsache, dass im Rautental ein Wertstoff- und Recyclinghof der AWG errichtet wird. Dieser wird den Verkehr im Stadtbezirk deutlich reduzieren, da die Anlieferungswege für die Bürgerinnen und Bürger erheblich kürzer werden.

„Deutschland muß bestehen“

In Wuppertal treffen (nicht nur) junge Menschen oft auf Plätze, deren erhaltenswerte Funktion sie nicht nachvollziehen können. Zu diesen Plätzen gehört der Ehrenfriedhof an der Lönsstrasse. Als „eine Stätte des Gedenkens und der Mahnung zum Frieden“ soll sie heute dienen, sie präsentiert sich aber immer noch als pathetische Heldengedenkstätte aus vergangener Zeit. Dazu trägt besonders der zentrale Gedenkstein bei, mit seiner 1916 angebrachten Inschrift des Barmer Dichters Will Vesper. „Sind wir nicht alle zum Opfer bereit und zu dem Tod / Eines steht groß in dem Himmel gebrannt / Alles darf untergehen [...] / Deutschland muß bestehen“. Vesper avancierte später zum Hofdichter Hitlers. Eine Informationstafel, die sich im Eingangsbereich des Friedhofes befinden soll und sich von der Aussage des Denkmals distanziert, ist auch nach genauer Suche nicht aufzufinden.

Nachdem mehrere BesucherInnen des Friedhofes Unverständnis über die jetzige Situation geäußert haben, weil die Inschrift mit dem heutigen Geschichtsverständnis nicht in Einklang zu bringen ist, hat Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Bezirksvertretung Barmen den Antrag gestellt, die Inschrift zu entfernen. Sie soll durch eine zeitgemäße Erinnerung an die Opfer der Kriege, die Zwangsarbeiter und die Opfer des Kapp-Putsches ersetzt werden. Es geht dabei nicht um ein „Auslösen“ von Geschichte, sondern darum, die zeitgemäße Auseinandersetzung mit Vergangenheit zu ermöglichen und generationengerechte Gedenkstätten zu schaffen.

Interkulturell

■ Veranstaltung: Interkulturelles Lernen

Am 1. März waren GRÜNE Wuppertaler SchulpolitikerInnen beim „Gegenseitigen Hilfe-Verein“ zu Gast und diskutierten dort mit Migrantinnen und Migranten und anderen interessierten WuppertalerInnen sowie mit Fachleuten über interkulturelles Lernen in Wuppertal.

Auch in Wuppertal wird sich der Landestrend zeigen, dass in den nächsten Jahren ein höherer Anteil von Kindern aus Migrantenfamilien, binationalen Familien oder Aussiedlerfamilien eingeschult werden wird. Wir können – jenseits von Staatsangehörigkeit – von mindestens einem Drittel ausgehen. Hier gilt es gut zu planen für entsprechende Bildungsangebote. Dies muss schon in der Elementar- und Vorkindergartenbildung, in den Kindergärten beginnen und sich in einer klugen Schulpolitik fortsetzen. Jedes Kind hat das Recht auf die optimale Förderung seiner Fähigkeiten. Unsere Gesellschaft – und damit auch die für Schulpolitik in Wuppertal Verantwortlichen – muss umdenken.

Die interkulturelle Schule wird die Regelschule der Zukunft sein – auch in unserer Stadt. In dieser Tatsache sahen die DiskussionsteilnehmerInnen vor allem eine Chance. Ein interkulturelles Lernkonzept kann dazu verhelfen, dass kulturelles Wissen des jeweils Anderen ein selbstverständlicher und gleichberechtigter Beitrag im Unterricht wird, alle SchülerInnen mehrere Perspektiven erfahren und in vielerlei Hinsicht ihren Blickwinkel erweitern können. Interkulturelles Lernen öffnet sich von selbst für die Mehrsprachigkeit, eröffnet neue Wege und Perspektiven des Sprachenlernens für alle Kinder. Diese Aspekte können jedoch nur dann erfolgreiche Praxis werden, wenn durch eine vorausschauende Planung und Innovationsbereitschaft seitens der Verantwortlichen und auch der Öffentlichkeit dafür Sorge getragen wird. Auf der Landesebene gibt es gute Grundlagen, die aber auch in einer Kommune beachtet und umgesetzt werden müssen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden sich im Rahmen der aktuellen Schulentwicklungsplanung für mehr interkulturelles Engagement und neue Wege in Wuppertal einsetzen.

Haushalt in Not

■ Kürzungen zu Lasten der BürgerInnen?

Die jetzt auf Wuppertal zu kommenden zusätzlichen Haushaltsbelastungen sind kaum zu schultern.

Die Auswirkungen von rund 69 Millionen Defizit im Jahr 2002 und 93 Millionen im Jahr 2004 sind aus Sicht der GRÜNEN Ratsfraktion in dieser Größenordnung nicht mehr aufzufangen, ohne einen großen Teil der kommunalen Aufgaben in Frage zu stellen. Die konservative Mehrheit von CDU und FDP war sehr schnell mit Vorschlägen auf dem Markt, wie diese Summen eingespart werden können. Die CDU wollte alle Angestellten zu Beamten machen nach dem Offenbacher Modell. Fakt ist hier: wenn die Beamten in den Ruhestand gehen, kommt die Versorgungslawine nur mit zeitlicher Verspätung auf uns zu und trifft die nachfolgenden Generationen um so härter. Ganz toll treiben es die Neo-Liberalen von der FDP: Sie wollen den gesamten städtischen Grundbesitz verkaufen. Dies in einer Zeit, da der Immobilienmarkt ein Überangebot vorweist. Auch bei dieser Variante muss man

zweimal hinschauen, denn wenn alle städtischen Häuser verkauft würden, könnte man sicher einen Teil zur Schuldenentlastung verwenden.

Aber was passiert, wenn die Gewinne des Verkaufes verbraucht sind und die erste Mieterhöhung kommt, denn welcher Makler möchte als freier Unternehmer nicht Gewinne machen? Auch bei diesem Modell würden die Kosten nur auf die nächsten Generationen verlagert und somit aus GRÜNER Sicht nicht zukunftsfähig sein.

Auch die jetzt beschlossene Prüfung der städtischen Beteiligungen werden vom Antragsteller CDU aus dem Grund heraus durchgeführt, herauszufinden, von welchen Töchtern sich die Stadt trennen sollte. Erste Ergebnisse sind hier im Mai zu erwarten. Bei den städtischen Kliniken wollte die CDU die Ergebnisse der Überprüfung nicht abwarten. Zumindest der Teilverkauf ist beschlossene Sache.

Die Kosten der Untersuchung der städtischen Töchter ist im nicht niedrigen sechsstelligen Bereich zu suchen. Muß man bei der jetzigen Haushaltslage soviel Geld ausgeben wenn man die Ergebnisse schon zu kennen scheint? Die GRÜNE Ratsfraktion hat gegen die aus unserer Sicht nicht zukunftsfähigen Beschlüsse im Stadtrat gestimmt. Aus unserer Sicht kann es nicht länger angehen, dass Bund und Land, egal wer dort die Regierung stellt, Beschlüsse fassen, und die Kosten hierfür auf die Kommunen abwälzen.

Wir werden mit unseren GRÜNEN Mitverantwortlichen auf Bundes- und Landesebene in Klausur gehen und eine Gemeindefinanzreform mit Nachdruck fordern. Bis dahin können wir uns auch Schritte des zivilen Ungehorsams bei weniger wichtigen Aufgaben vorstellen. Schließungen von Einrichtungen im Sozial-, Kultur- und Jugendbereich, wie von der CDU/Jungen Union gefordert, werden mit GRÜNEN Stimmen im Stadtrat nicht beschlossen werden, weil sie einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung abträglich sind.

Von links nach rechts: Gabriele Mahmert, Petra Bill, Michael Hohagen, Gerhard Schäfer

Neuer Kreisvorstand gewählt

■ Themenschwerpunkte

Der Wuppertaler Kreisverband von Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat – erstmalig für zwei Jahre – einen neuen Vorstand: Als Sprecherin wurde Petra Bill gewählt. Stellvertretende SprecherInnen wurden Gabriele Mahmert und Michael Hohagen. Um die Kreiskasse wird sich künftig Gerhard Schäfer kümmern.

Vor Ort werden sich die GRÜNEN für die ökologische Förderung der Land-

wirtschaft einsetzen. Regionale Konzepte gegen Massentierhaltung müssen gefunden werden, damit die VerbraucherInnen Produkte aus dem regionalen Angebot mit gutem Gewissen und Genuss verzehren können. Dazu braucht man Freiflächen. Die GRÜNEN werden weiter gegen die Gewerbegebiete wie z.B. Kleine Höhe und die Bebauung der Luhnfelder Höhe kämpfen. Im Bildungsbereich soll die integrative und interkulturelle Erziehung besonders gefördert werden. Verkehrspolitik gilt es den roll-back von schwarz-gelb in die 70er Jahre zu verhindern. Statt unsinniger Verkehrspro-

jekte – Sicherheit für Kinder und FußgängerInnen und ein besseres Angebot von Bussen und Bahnen. Aber auch in die Bundes- und Landespolitik wollen sich die Wuppertaler GRÜNEN wieder stärker einmischen. So soll nicht nur für eine bessere Ausstattung der Gemeinden mit Finanzmitteln gestritten werden, es wurden auch gleich zwei Resolutionen beschlossen. Von dem Bundesverband erwarten die Wuppertaler GRÜNEN ein klares Wort gegen die Luftangriffe gegen den Irak und von der Landtagsfraktion den Einsatz für den umfassenden Erhalt des Angebotes der GHS Wuppertal.

Stadtplatz statt Parkplatz!

Fortsetzung von Seite 1:

tags besonders viele Autos ins Zentrum Vohwinkels kommen, ist zu befürchten, dass der Markt auf Dauer ebenfalls zugunsten der Parkplätze verdrängt wird. Denn es macht überhaupt keinen Sinn, wenn die angelegte so dringend benötigten 55 Stellplätze auf dem Lienhardplatz an dem Tag, an dem sie am dringlichsten benötigt werden, nicht zur Verfügung stehen.

Wir unterstützen jede Initiative von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für den Erhalt des Stadtplatzes einsetzen, denn es wurde in den vergangenen Wochen doch sehr deutlich, dass die meisten Vohwinkelerinnen und Vohwinkeler genau wie wir ihren Lienhardplatz als Stadtplatz behalten wollen.

Sollten durch die Unterzeichnung des Gestattungsvertrages bereits Fakten geschaffen worden sein, dann müssen wir feststellen, dass die Interessen der Vohwinkeler Bürgerinnen und Bürger für die Verwaltung und den Oberbürgermeister nicht von Interesse sind. Das von der Bürgerinitiative „Rettet Vohwinkel“ eingeleitete Bürgerbegehren scheint dann auch keine Rolle zu spielen. Denken wir einmal an das von der CDU initiierte Bürgerbegehren gegen fahrgastfreundliche Bushaltestellen zurück, so fällt uns als erstes ein, dass damals unter Federführung des Oberbürgermeisters alle bereits beschlossenen Umbaumaßnahmen bis zur Durchführung des Bürgerentscheides zurückgestellt wurden. Warum geschieht dieses nicht in Vohwinkel und warum wird die Bürgerbeteiligung in Vohwinkel unterlaufen?

Impressum

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal
Tel. 563-6204 Fax: 59 84 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Anja Liebert (V.i.S.d.P.)
Christiane Bainski, Petra Bill, Bettina Brücher,
Jakob Klein, Anja Liebert, Petra Lückersath, Klaus Lüdemann, Sylvia Meyer (Redaktion), Jost Schneider, Ursel Simon, Peter Vorsteher

Gastkommentar:
Dietmar Bell, Geschäftsführer der
Gewerkschaft ÖTV in Wuppertal

Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet:
Jörg Lange

Satz und Gestaltung:
Wupper-Nachrichten Verlags GmbH,
Tannerbergstr. 35, 42103 Wuppertal

Druck: Verlag Bitter, Recklinghausen

Auflage: 32.500

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA und Hasnet, Wiesenstraße; Theater an der Gathe; Forum Museum im Rex, Kipdorf 29; Cafe Zweisain, Bahnhof Unterbarmen; Cinema, Berliner Straße; Nachbarschaftsheim, Platz der Republik; Haus der Jugend, Geschwister-Scholl-Platz; Lebensbaum, Sophienstraße; ASA, Berg-Universität; BUND, Völkinger Straße 3 a.

Die Abgabe ist kostenlos!

Gastkommentar:

Der Eigentümer bist du

■ Die ÖTV startet Kampagne: Ausverkauf unserer Stadt verhindern

Mit großer Sorge betrachten wir die kommunalpolitische Entwicklung in Wuppertal.

Die Entscheidungen der bürgerlichen Mehrheit alle städtischen Gesellschaften auf ihre Entbehrlichkeit hin untersuchen zu lassen, wird uns im Rahmen der Haushaltsdebatte massive Veräußerungsdiskussionen bringen. Dabei scheint es keine Tabus mehr zu geben: Ob Stadwerke, Klinikum oder GWG – unsere Kolleginnen und Kollegen sind beunruhigt. Dabei ist das Diskussionsniveau teilweise erschreckend, wie die Beispiele der Pläne zur

Veräußerung des gesamten städtischen Immobilienbesitzes und zur Verbeamtung städtischer Angestellter zeigen.

Allerdings geht es in dieser Diskussion um mehr als die Arbeitsbedingungen der bei der Stadt und ihren Töchtern Beschäftigten. Wollen wir wirklich das städtische Vermögen veräußern und damit für die Zukunft jeglichen politischen Gestaltungsspielraum für unsere Stadt aus der Hand geben? Sollen zukünftig Konzerne wie RWE darüber bestimmen, wie Abfall entsorgt und Strom erzeugt wird? Wollen wir zulassen, dass wir nicht mehr über die Inhalte und die Qualität unserer kommunalen Dienstleistungen mitbestimmen können?

Wir glauben, dass es sich lohnt für einen durch uns als Bürger und Bürgerin dieser Stadt bestimmbarer öffentlichen Sektor einzutreten. Deshalb werden wir in wenigen Tagen eine Kampagne mit dem Titel „DER EIGENTÜMER BIST DU“ starten. Wir wollen bis Ende Juni 60.000 Unterschriften sammeln um den politischen Parteien im Rat zu zeigen, dass wir bürgerbegehrensfähig sind, also Ratsentscheidungen, die sachlich nicht gerechtfertigt sind, zu korrigieren. Es gilt für uns mit den Wuppertalerinnen und Wuppertalern gemeinsam für eine zukunftsfähige und lebenswerte Stadt zu streiten – machen Sie mit.

Widerstand Kleine Höhe geht weiter

■ Fläche wird für Landwirtschaft gebraucht

Die Stadt Wuppertal plant weiterhin die Ausweisung der landwirtschaftlichen Flächen an der Nevigeser Straße kurz vor der Grenze zu Velbert-Neviges als Gewerbegebiet.

Um auf die Fehlentwicklung hinzuweisen, den Widerstand zu dokumentieren und weitere Aktionen vorzubereiten, hatten die Ratsfraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN aus Wuppertal und Velbert am 10. Februar zu einem Ortstermin mit anschließender Diskussion eingeladen. Ca. 60 AnwohnerInnen, VertreterInnen von Umweltschutzverbänden und Landwirte aus beiden Städten kamen.

Alle wandten sich gegen eine Nutzung als Gewerbegebiet. Die Fläche werde insbesondere im Rahmen einer regionalen Landwirtschaft dringend gebraucht, sie sei eine wichtige Kaltluftentstehungsfläche für Elberfeld und biete vielen Tieren und Pflanzen Lebensraum.

Unter Berücksichtigung der Ankündigungen, dass die Kaserne auf der Südhöhe als Gewerbefläche genutzt werden soll, sei ein Gewerbegebiet Kleine Höhe völlig entbehrlich.

Die Stadt Wuppertal hofft auf Einnahmen aus Grundstücksverkäufen und Steuereinnahmen. Dagegen stehen hohe Kosten für die Erschließung (ca. 20 Mio. DM) und das Risiko des Leerstands.

Der bündnisgrüne Landtagsabgeordnete Thomas Rommelspacher aus Essen wies auf die Verhandlungen über die Nutzung alter Bundesbahnflächen hin. Da seien 20.000 Hektar im Pool und davon einige hundert Hektar in Wuppertal. Für die Erschließung der Kleinen Höhe werde es vom Land keine Zuschüsse geben. Diese Projekt sei Wirtschaftspolitik der siebziger Jahre. Die Wuppertaler wie die Velberter GRÜNEN werden sich weiter gegen dieses ökologisch wie ökonomisch sinnlose Projekt einsetzen und die Menschen vor Ort beim Widerstand unterstützen.

Nach wie vor großes Engagement gegen die Nutzung der Kleinen Höhe als Gewerbegebiet

Bürgerrotum: Keine Öffnung der Luisenstraße

■ CDU will mit dem Kopf durch die Wand – Öffnung würde über 100.000 DM kosten

Die Menschen im Viertel wollen die Öffnung der Luisenstraße nicht

Auf Anregung der Bezirksvertretung Elberfeld fand am 7. März eine Bürgeranhörung zur geplanten Öffnung der Luisenstraße in der Sophienkirche statt. Fast einstimmig (1 Gegenstimme) sprachen sich die ca. 120 anwesenden Bürgerinnen und Bürger dafür aus, die Luisenstraße nicht zu öffnen. An Argumenten wurden genannt: Gefährdung von Kindern am Deweerthschen

Garten, mehr Lärm, Anziehung von mehr Verkehr. Die Öffnung der Luisenstraße wurde als Teil eines Parallelstreckenkonzeptes gesehen, das die B7 entlasten soll. Gegen dieses Kon-

zept (das übrigens auch in anderen Stadtteilen verfolgt wird) wandten sich viele Anwesende. Es wurde durchaus Verbesserungsbedarf am jetzigen Zustand gesehen: Das letzte Stück Luisenstraße solle Spielstraße werden, die alte Struktur der Begrünung (durchgängig vom Hang bis zum Deweerthschen Garten) solle wieder mindestens teilweise hergestellt werden und im Deweerthschen Garten solle ein größerer Spielplatz entstehen. Diese Wünsche decken sich mit einem Antrag der bündnisgrünen Fraktion in der zuständigen Bezirksvertretung, der zwar beschlossen wurde, aber wegen der unklaren Situation der Luisenstraße von der Verwaltung zur Zeit nicht umgesetzt wird: Verringerung der Fahrbahnbreite, Aufpflasterungen an der Treppe und am Eingang zum Spielplatz, Verlegung der Container für Altglas und Altpapier auf das Eckgrundstück, Pflanzung zusätzlicher Bäume.

Aus Unterlagen für die BezirksvertreterInnen Elberfeld geht hervor, dass die Mehrheit des Verwaltungsvorstandes die Drucksache zur Öffnung der Luisenstraße sogar mehrheitlich abgelehnt hatte. Begründet wurde dieses Verhalten mit der schwierigen Finanzlage der Stadt. Schließlich soll die Öffnung 107.000 DM kosten. Obwohl also weder die Verwaltung noch die AnwohnerInnen die Öffnung wollen, will die CDU diesen Punkt aus ihrem 49-Punkte-Programm durchsetzen. Das ist Kopf-durch-die-Wand-Politik von politischen Deperados, die auf keinen Fall wieder gewählt werden wollen.

So muß es bleiben: Schlendern auf der Luisenstraße ist möglich

Desolate Finanzlage in den Bergischen Städten

■ Offener Brief an die GRÜNEN Landtags- und Bundestagsfraktionen

Die bündnisgrünen Fraktionen Solingen, Remscheid und Wuppertal wenden sich in einem Offenen Brief an die GRÜNE Landtags- und Bundestagsfraktion, um auf die desolate Finanzsituation der drei Kommunen aufmerksam zu machen.

Die drei Fraktionen beschreiben die finanziellen Auswirkungen der Steuer-

reform des Bundes sowie des Zweiten Modernisierungsgesetzes des Landes NRW auf ihre Städte und fordern dazu auf, über eine Gemeindefinanzreform zu diskutieren, die die Handlungsfähigkeit der Kommunen gewährleistet.

Auszüge aus dem Offenen Brief: Liebe Freundinnen und Freunde, wir alle haben zu Zeiten der Kohl-Regierung auf dem Konnexitäts-Prinzip beharrt, das da heißt: wer bestellt, soll auch die Rechnung zahlen. Wir erinnern uns an zahlreiche Vorhaben der damaligen Regierung, bei de-

ren die Kosten vor allem auf die Länder und die Kommunen abgewälzt wurden. GRÜNE haben sich immer für die verfassungsrechtlich garantierte Selbstverwaltung der Kommunen eingesetzt; wir fragen uns nun aber, ob das nur Lippenbekenntnisse waren.

Wir sind beteiligt an der Regierung auf Bundes- und Landesebene NRW und müssen konstatieren, dass sich trotz Rot-Grün an dem Prinzip nichts geändert hat.

Durch das Steuerentlastungsgesetz des Bundes wird der Anteil der Kommunen am Einkommensteueraufkom-

men (das grundgesetzlich garantiert ist) erheblich verringert. (...)

Durch das Zweite Modernisierungsgesetz des Landes NRW werden gerade größere Städte durch die Verlagerung verschiedener sozialer Aufgaben auf die Kommunen erheblich belastet, was durch die Senkung der Landschaftsumlage nicht einmal ansatzweise aufgefangen wird.

Die Folgen für die Kommunen sind verheerend:

In allen Städten müssen Leistungen zurückgefahren werden, gerade im Sozial- und Kulturbereich steht zu be-

fürchten, dass die Existenz von Initiativen und Freien Trägern auf dem Spiel steht, die Angebote für BürgerInnen zumindest stark eingeschränkt werden müssen bis hin zu der Befürchtung, dass Kommunen aufgrund der verschlechterten finanziellen Situation noch nicht einmal ihren Pflichtaufgaben nachkommen können.

Was erwarten wir von Euch? Mit diesem Brief fordern wir Euch auf, Euch stark zu machen für eine Gemeindefinanzreform, die den Städten wieder die kommunale Selbstverwaltung ermöglicht.

Ratschronik vom 12.2.2001

Teures 49-Punkte-Programm

Die Antwort auf die Frage der GRÜNEN, wie viel Geld bislang für die Umsetzung des unsinnigen 49-Punkte-Verkehrsprogramms der CDU ausgegeben wurde: 1,4 Millionen DM. Die von CDU und FDP beschlossene Parkgebührenordnung (Einnahmeausfälle für Wuppertal: 2,2 Mio DM) wurde auf Vorschlag der Verwaltung in Teilen ausgesetzt: Die Halbierung der Parkgebühren in Elberfeld und Barmen findet statt. Statt 2,2 Mio DM kostet der CDU/FDP-Beschluss die Stadt immerhin noch 900.000 DM an Einnahmeausfällen. So wird städtisches Geld zum Fenster hinausgeschmissen, das wir nicht zur Verfügung haben.

Anfrage zu Landwirtschaft, VerbraucherInnenenschutz, Ernährung und Gesundheit

Ergebnis: Aufgrund vorherrschender Grünlandschaft sind die Wuppertaler Betriebe von der BSE-Krise besonders betroffen. Der Fleischabsatz ist gravierend zurückgegangen. Eine Bestandsicherung der Wuppertaler Betriebe ist momentan nicht möglich. Das Thema wird die städtischen Gremien in nächster Zeit beschäftigen. Möglichkeiten der Unterstützung der landwirtschaftlichen Betriebe liegen in regionalen Vermarktungsstrategien, in der Direktvermarktung, in der Flächensicherung sowie z.B. in einer Projektförderung von Biogas; alles Anliegen,

die GRÜNE aktiv unterstützen. Die Nachfrage an Bio-Produkten ist in der letzten Zeit erfreulicher Weise stark angewachsen. Im Rahmen des Projektes „Förderung der Landwirtschaft“ sind Informationen im Internet über Wuppertaler Höfe vorgesehen. Dazu gehören auch Informationen zu VerbraucherInnenenschutz, Ernährung und Gesundheit.

Errichtung von Autobriefkästen

Dieser SPD-Antrag wurde schon im Hauptausschuss eine halbe Stunde hitzig diskutiert. In der Ratssitzung setzte sich die CDU durch: der Antrag wurde abgeändert in ein „wir reden mal darüber“. Die GRÜNEN halten den Antrag zwar aus allgemein verkehrspolitischen Gründen für abstrus, sehen jedoch andererseits in Autobriefkästen durchaus Fortschritte für Behinderte.

Erneuerbares Energien Gesetz (EEG) für Wuppertal nutzen

Es gibt noch Zeichen und Wunder: Der Antrag der GRÜNEN, das EEG wo immer möglich in Wuppertal zur Anwendung zu bringen, wurde nach viernominatiger Beratung in den Gremien im Rat einstimmig beschlossen. Das Ziel des Gesetzes ist es, bis 2010 den Anteil erneuerbarer Energien zu verdoppeln. Wuppertal ist hier schon auf einem gutem Weg, nicht zuletzt dank des GRÜNEN Umweltdezernenten Harald Bayer.

GRÜNE Resolution einstimmig beschlossen

Das Rechtsmedizinische Institut in Düsseldorf soll geschlossen werden. Die GRÜNE Fraktion hat einen Resolutionsentwurf eingebracht, in dem sich der Wuppertaler Rat für die Aufrechterhaltung des Institutes stark macht. Nicht nur die Ausbildung von wissenschaftlichem Nachwuchs, auch bei der strafrechtlichen Aufklärung von Todesfällen ist dieses Institut unverzichtbar. Das Institut führt Autopsien durch, die auf kommunaler Ebene nicht geleistet werden können.

GRÜNER Antrag gegen eine Machbarkeitsstudie Briller Tunnel

Der Antrag der GRÜNEN Fraktion wurde in einigen Punkten einstimmig beschlossen: Die Machbarkeitsstudie wurde aufgehoben. Der Rat hält aus finanzpolitischen Gründen einen Tunnel parallel zur Briller Straße für nicht realisierbar und alle Projekte, die wegen dieses Ratsprojektes aufgeschoben wurden, werden nun weiter bearbeitet. Hierbei handelt es sich u.a. um die Nutzung des Eckgrundstückes Luisenstraße/Briller Straße. Mehrheitlich abgelehnt wurde allein der vierte Teil des Antrages, der die Verwaltung beauftragt, Vorschläge für die Verringerung der Verkehrsbelastung der Briller Straße vorzulegen.

Keine Ausweisung des Lienhardplatzes als Parkplatz

Der Antrag der GRÜNEN wurde, wie zu befürchten war, von der konservativen Ratsmehrheit abgelehnt.

Resolution zur Gemeindereform

Einstimmig hat der Rat eine Resolution verabschiedet, in der Finanz- und Innenministerien von Land und Bund aufgefordert werden, eine Gemeindefinanzreform anzugehen, die die Selbstverwaltung der Kommunen nicht gefährdet, das Konnexitätsprinzip gesetzlich festschreibt (wer bestellt, bezahlt: wenn ein Gesetz verabschiedet wird, muss die Finanzierung auch gewährleistet werden und kann nicht auf die Kommunen abgewälzt werden) sowie die Erhöhung des Anteils der Gemeinden an der Umsatzsteuer festlegt.

CDU will Verbeamtung städtischer Angestellter

Die CDU meint Einsparungen treffen zu können, indem Angestellte verbeamtet werden und will dies von der Verwaltung prüfen lassen. Fachleute sind der Auffassung, dass dies langfristig erhöhte Kosten für die Stadt bedeuten würde, auch wenn kurzfristig Einsparungen möglich sein könnten. Es hat also den Anschein, dass die CDU nicht über diese Wahlperiode hinausdenkt; wir gehen bei der jetzigen katastrophalen Mehrheitspolitik auch davon aus, dass bei der nächsten Kommunalwahl wieder fortschrittliche Parteien wie die GRÜNEN gewählt werden.

Veräußerung städtischer Immobilien

Ein weiterer katastrophaler Antrag von CDU und FDP: die Verwaltung möge prüfen, ob ein geschlossener Immobilienfonds gegründet werden kann mit dem Ziel der Veräußerung städtischer Anteile. Das heißt im Klartext, dass ein wichtiger Teil des städtischen Tafelsilbers veräußert werden soll, um die Schulden zu senken. Die GRÜNE Fraktion hält dieses Vorgehen für kurzsichtig und falsch; wenn Vermögen der Stadt, das ja im Grunde den BürgerInnen gehört, veräußert wird um kurzfristig Schulden zu bezahlen, ist dies der Offenbarungseid. Denn: Welcher Privatmensch verkauft schon z.B. sein Haus, um es direkt danach wieder anzumieten? So vergibt sich die Politik eines wesentlichen Mittels der Steuerung auf kommunaler Ebene.

CDU: teurer Misstrauensantrag gegen städtisches Rechtsamt

Der CDU passt das Gutachten des Rechtsamtes politisch nicht in ihr Konzept. Der Verkehrsausschuss hatte mit konservativer Mehrheit beschlossen, die Sophienstraße und Luisenstraße in Hauptverkehrsstraßen umzuwidmen und so aus der betrieblichen Verantwortung (SPD/GRÜNE/PDS-Mehrheit) zu nehmen. Das Rechtsamt kam zu dem gut begründeten Ergebnis, dass der Verkehrsausschuss diesen Beschluss nicht hätte treffen dürfen. Da dies der CDU nicht passt, setzte sie sich im Rat mehrheitlich durch, dass nun ein externer Gutachter eine juristische Prüfung vornehmen soll.

Glosse aus der Gasse

Diese neue Rubrik nehmen wir in unsere Zeitung auf, weil die Pöbeleien gerade seitens der CDU im Rat der Stadt überhand nehmen und wir Euch/Ihnen diese Entgleisungen nicht vorenthalten wollen.

Die folgenden Sätze stammen ausnahmslos von Mitgliedern der Christlich Demokratischen Union aus der Ratssitzung am 12.02.2001.

■ Zitat Bürgermeister Jung bei der Diskussion um den Bundeswehrstandort: „GRÜNE reißen sich in die unheilige Allianz der Schmuddelkinder ein.“

■ Zitat des Stadtverordneten Detlef Emmert während einer Rede des Fraktionsprechers Peter Vorsteher:

„Der ist doch doof, der lässt sich mit dem Sonnenschein-Bus nach Hause fahren“ (Wuppertaler Bus-Fahrdienst für behinderte Kinder).

■ Ein weiterer CDU-Stadtverordneter äußerte in der Sitzung an unsere Fraktionssprecherin Anja Liebert, sie solle doch erst mal „richtig“ arbeiten gehen.

Diese Glosse werden wir weiterführen, um die Qualifikation der Ratdebatten deutlich zu machen.

Letzte Sitzung des Beigeordneten Dr. Geissler:

Mit seinem Ausscheiden nach 26jähriger Tätigkeit für die Stadt Wuppertal ist – entgegen gesetzlichen Bestimmungen – kein Jurist mehr im Verwaltungsvorstand. Der Rat verabschiedete Dr. Geissler mit Standing Ovationen.

Kasinokreisel contra Kreuzung

Die von den GRÜNEN gestellte Anfrage zu den Kosten des Umbaus der Kreuzung Kasinostraße in den Kasino-kreisel wurde von der Verwaltung zunächst nicht beantwortet. Interessant war die Äußerung des zuständigen Beigeordneten Roßberg, der Rückbau zum Kasinokreisel sei rechtlich ausgeschlossen. Er konnte in einer Antwort auch nur vermuten, dass die Firma Acordis, die enorme Probleme mit der Ein- und Ausfahrt vom Firmengelände auf die Kreuzung hat, in die Planungen mit einbezogen war.

Hundesteuersatzung

GRÜNE stimmen gegen Erhöhung der Hundesteuer.

Beitrittsbeschluss zur Genehmigung des Haushalts

Der Regierungspräsident genehmigte den städtischen Haushalt nur unter strikten Auflagen: Schon zugesagte Erhöhungen an die Freien Träger kommen 2001 und 2002 nicht zur Auszahlung, wichtige Investitionen können nicht umgesetzt werden. Es wird z.B. keine zusätzliche Mark mehr für das Theater geben. Die GRÜNE Fraktion stimmte gegen den Beitrittsbeschluss.

Auflösung der Theaterbetriebs-gesellschaft

Mit knapper Mehrheit hatten CDU und FDP Anfang des Jahres nach nur einwöchiger Diskussion beschlossen, die Theaterfusion mit Gelsenkirchen aufzulösen.

Für die gleiche Summe von 22,5 Millionen DM Spartentheater ohne künstlerische Abstriche zu gestalten ist eindeutig nicht durchführbar; die Fusion mit Gelsenkirchen führte zu Einsparungen von ca. 7 Mio. DM, die nach der Auflösung nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Folgen: weniger Personal,

weniger Premieren, weniger Aufführungen insgesamt. Die Vorschläge des Intendanten führen dazu, die Oper zu stärken auf Kosten des Schauspielers; der schleichende Tod des Theaters ist langfristig vorprogrammiert.

Zu Anfang der Saison sollte z.B. „Die Wupper“ von Else Lasker Schüller aufgeführt werden; nicht mehr durchführbar, zu aufwändig, zu teuer! Und: die Mehrheit des Rates stimmte gegen den Antrag der GRÜNEN, jede Fraktion zumindest mit beratender Stimme in den neu gegründeten Aufsichtsrat zu entsenden, um alle Fraktionen an der Diskussion zu beteiligen. Das nur kurz zum „Demokratieverständnis“ der CDU/FDP-Mehrheit. Interessant war auch, dass sich die SPD bei der Abstimmung nur enthalten hat.

VRR-Young-Ticket als Abo-Angebot

Die GRÜNE Fraktion stellte den Antrag, dass das Young-Ticket (welches auch von Schülerinnen und Schülern benutzt wird), auch als Abo-Ticket angeboten werden soll. Damit sollte der monatliche Gang zu den Ausgabestellen überflüssig gemacht werden. Der Rat sollte die Wuppertaler Mitglieder der Verbandsversammlung des VRR auffordern, sich entsprechend dafür einzusetzen. Die Mehrheit des Rates stimmte auf Nicht-Befassung des Antrages.

Zukunft der städtischen Beteiligungen

Eine harte Auseinandersetzung führten die Stadtverordneten über einen Antrag der CDU, die einen externen Unternehmensberater damit beauftragen wollte, die Tochterunternehmen der Stadt auf Wirtschaftlichkeit für die Stadt zu überprüfen. Das Ziel der CDU ist klar: im Antrag wird gefragt, welche Gesellschaften zur Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe entbehrlich geworden sind, das heißt: sie wollen verkaufen! Die CDU will die Entscheidung jedoch nicht direkt politisch treffen, sondern schaltet einen Dritten, ein Unternehmen für teures Geld (ca. 400.000 DM, die die Stadt nicht hat) ein, das ihr die Vorlage dafür liefern soll. Die GRÜNE Fraktion stimmte selbstredend gegen diesen Antrag.